

Er scheint täglich Abends... Sonntags und Festtagen ausgenommen...

Anzeigengebühr... die 6gepal. Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfg. für hiesige...

Thorner

Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe. Erscheint 10-11 Uhr Vormittags und 3-4 Uhr Nachmittags.

Erstes Blatt.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden. Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Militär-Jubiläum des Kaisers.

Gestern nachmittag fand in Potsdam die Feier des 25. Jahrestages des Eintritts des Kaisers in den aktiven Dienst...

Der Prinzregent von Bayern hat dem Kaiser anlässlich dessen Militärjubiläum folgendes Handschreiben gesandt:

„Fünfundzwanzig Jahre sind verflossen seit dem Tage, an dem Eure Kaiserliche und Königliche Majestät den bewährten Traditionen Ihres Hauses folgend, unter den Augen Höchstem unvergesslichen Herrn Großvaters den Dienst im Heere angetreten haben...

Prinzregent Luitpold hat an den Obersten Freiherrn von Plettenberg, Kommandeur des

1. Garde-Regiments zu Fuß in Potsdam, das nachfolgende Telegramm gerichtet:

„Dem 1. Garde-Regiment zu Fuß spreche ich zu seinem heutigen Ehrentage, dem Tage, an welchem vor 25 Jahren Seine Majestät der Kaiser den Dienst im Regiment angetreten hat...

Vom Reichstage.

138. Sitzung, 8. Februar.

Am Bundesratsitz: Freiherr von Thielmann, Niederding.

Die Etats für das Reichsjahrgang, die Reichsjahrgang und für den Rechnungshof werden ohne Debatte erledigt. Bei dem Etat der Justizverwaltung kritisiert Abg. Heine (Soz.) die Art der Behandlung sozialdemokratischer Redakteure durch die Gefängnisverwaltung...

Abg. Eröber (Ztr.) begründet eine von ihm eingebrachte Resolution wegen eines Gesetzentwurfes, welcher das Buell den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs gegen Körperverletzung unterstellt.

Abg. Dr. Esche (natl.) begrüßt mit Freuden die Resolution des Abg. Eröber, bemängelt die Auslegung des sogenannten Anknüpfungsparagraphen und wünscht Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse.

Staatssekretär Nieberding erklärt, er habe seinerseits die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse bei den verbündeten Regierungen in Anregung gebracht.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (freil. Sp.): Der Fall Bredendick beweist klar die Geringschätzung, die die Polizeibehörden unserer gesauften Presse zuteil werden lassen. Redner berührt den Fall Kuhlentampff und geht dann zu der nicht immer zu rechtfertigenden Behandlung gefangener Kinder über.

Abg. Heine (Soz.) bezeichnet den Eröberischen Antrag als ungeeignet. Wenn man das Buell beseitigen wolle, so müsse man erst die Junter beseitigen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 5 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung, 8. Februar.

Am Ministertisch: Müller. Bei dem Etat des Bureaus des Staatsministeriums spricht Abg. Lüchhoff (freil.) über die gegenwärtige Tätigkeit des deutschen Bureausbüros und bittet die Regierung, dafür zu sorgen, daß die den Buren zugehenden Gaben auch wirklich ihrem Zwecke zugeführt werden.

darüber abzugeben; dabei handle es sich hier lediglich um eine Sache der Barmherzigkeit.

Geheimrat v. Rheinbaben erwidert, er sei nicht zu einer Erklärung ermächtigt, möchte aber doch wohl annehmen, daß die Angelegenheit mehr in den Reichstag gehöre.

Abg. Dr. Arendt (fl.) führt aus, wenn der Herr Präsident die Angelegenheit als hierher gehörig anerkannte, war es, glaube ich, nicht geschickt vom Regierungsvertreter, auf den Reichstag zu verweisen.

Geheimrat v. Rheinbaben erwidert, er erlaube sich über die Äußerungen des Abg. Dr. Arendt kein Urteil, er bitte ihn daher, auch mit seinem Urteil zurückzuhalten.

Es folgt eine längere Debatte, bei welcher sich sämtliche Redner dafür aussprechen, daß die Regierung ihren Einfluß zu Gunsten des Hilfskomitees geltend machen möge. Hierauf wird der Etat genehmigt.

Bei der Beratung über den Vergetat fordert Abg. Kitzler-Thorn (Ztr. Vpt.) die Staatsregierung auf, dem Landtag ein Gesetz vorzulegen, wonach das Berggesetz von 1865, welches für Westpreußen keine Gültigkeit hat, auch in Westpreußen eingeführt wird.

Abg. Göttheim (Ztr. Vga.) bekämpft die Einführung des Kupferzolls.

Handelsminister Müller erklärt auf eine Anfrage, dem Hause werde voraussichtlich in aller nächster Zeit eine Vorlage zugehen, in der für den Anlauf von Kohlenfeldern in Westfalen etwa 58 Millionen Mark gefordert werden.

Abg. Dr. Arendt kommt auf die Silberfrage zu sprechen und wußt dem englischen Ministerium Vorwurf vor.

Präsident v. Röcher rügt diese Äußerung. Weiterberatung Montag.

Deutsches Reich.

Gegen das Gesundheitswesen hat sich der Kaiser, wie wir schon gemeldet haben, am Freitag gegenüber dem Berliner Polizeipräsidenten und dem Generalsuperintendenten D. Faber sehr entschieden ausgesprochen. Wie v. Windheim einem Mitarbeiter der „National-Ztg.“ mitteilt, sind indessen die Ausgaben der Blätter nicht ganz genau. Generalsuperintendent Faber und ich, so erzählte der Polizeipräsident, waren nicht zur Audienz befohlen, um über Maßregeln gegen den Obskurantismus Vortrag zu halten, sondern wir waren am Donnerstag zur Abendtafel geladen.

Dem „Berl. Lok.-Anz.“ gegenüber schreibt nun die „Nordb. Allg. Zeitung“ am Sonnabend abend: „Der hiesige „Lokal-Anzeiger“ bemängelt unsere gestrige Notiz über das Eingreifen Seiner Majestät des Kaisers und Königs zur Bekämpfung der neuerlich aufgetretenen Erscheinungen des Obskurantismus. Das Blatt behauptet u. a., daß es sich „um die rein zufällige Erörterung einer Tagesfrage“ gehandelt habe. Demgegenüber wiederholen wir auf Grund bestimmter Informationen nachmals, daß Seine Majestät den Polizeipräsidenten v. Windheim und den General-Superintendenten D. Faber zu dem Zweck zu sich beschieden hatte, den beiden Herren Seine allerhöchste Willensmeinung über einen Unfug kundzugeben, der unserer Zeit wie der Reichshauptstadt gleich unwürdig ist. Seine Majestät der Kaiser, der diesen Unfug sehr ernst beurteilt, hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Personen, die sich an dem Treiben der Spiritisten, Geistesbeter und verwandter Richtungen beteiligen, vom Zutritt zum allerhöchsten Hofe ausgeschlossen werden.“

Ministerreise. Wie die „Münchener Allg. Ztg.“ meldet, wird der bayerische Ministerpräsident Graf Crailsheim sich am 13. d. Mts. zu einem offiziellen Besuche nach Stuttgart und Karlsruhe begeben. Ein besonderer politischer Anlaß hierzu liegt nicht vor; die Reise ist ein Akt der Kourtoisie, wenn auch, wie auf der Hand liegt, sich dabei Gelegenheit zu einem ersp. sechlichen Meinungsaustausch zwischen den leitenden Staatsmännern der süddeutschen Bundesstaaten bieten wird.

Dem Abgeordnetenhaus ging ein Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter im Staatsbetriebe und geringbefohlene Staatsbeamte zu. Die Vorlage fordert 12 Millionen.

Der Vorsitzende der Zolltarif-Kommission des Reichstages, von Kardorff, gedenkt, wie die „Deutsche Warte“ meldet, nur für den Fall vom Vortrage zurückzutreten, daß die Mehrheit, die sonst hinter ihm steht, ihn bei seinem Vorhaben, nicht zuzugeben, daß die Kommissionsverhandlungen mit Materien, die nicht im Zusammenhange mit der Vorlage ständen, bepackt würden, im Stiche lassen sollte.

Der Vertrag auf Einführung einheitlicher Postmarken ist von der württembergischen Kammer der Standesherrn am Sonnabend gutgeheißen worden.

Der Trebertrocknungsprozeß in Kassel. In der Sonnabend-Verhandlung wurde der Direktor der Adlerberger Bergwerks-Gesellschaft, deren Vorsitzender im Aufsichtsrat der Angeklagte Schulze-Dellwig war, vernommen. Derselbe konnte nur Günstiges über den letzteren auszusagen. Bankier Blumenhals bestätigte, daß in der Generalversammlung vom November 1899 die Vertreter der Tochtergesellschaften über ihre Unternehmungen nur günstig berichteten und daß Direktor Schmidt stets Äußerungen der Presse gegenüber mit Nachdruck betont habe, daß dies nur Wachsenchaften der Konkurrenz seien. Auch habe Schmidt in der Generalversammlung vom Jahre 1900 ausdrücklich betont, daß durch den Abstoß der Tochteraktien keinerlei Verpflichtungen für die Gesellschaft sich ergeben, dank dem Entgegenkommen der Verwaltung und befreundeter Kreise. Zum Schluß der Verhandlung am Sonnabend wurde noch eine Reihe von Bemerkungen vernommen. Darauf begann die Verteilung von Briefen aus den Kopierbüchern der Angeklagten, um zu beweisen, daß die Angeklagten nicht in gutem Glauben gehandelt haben. Die darin enthaltenen auffälligen Wendungen suchten die Angeklagten in harmloser Weise zu erklären und in anderem Lichte erscheinen zu lassen. Sodann wurde die Sitzung nachmittags 3 1/2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Montag früh 9 Uhr.





